

Kommunistenterror am Zirkus Busch in Berlin.

Veruche der Verhinderung einer vaterlandischen Kundgebung.

Kampfbanner der kommunistischen Partei.
Berlin, 15. Okt. Am Sonntag morgen ist es vor dem Zirkus Busch zwischen Angehörigen des Bundes für Freiheit und Ordnung, der dort eine große vaterländische Kundgebung veranstaltete, und Kommunisten zu blutigen Kämpfen gekommen, bei denen ein Arbeiter getötet, zwei Polizeibeamte und sechs Zivilpersonen sehr schwer und über 20 Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. Die Polizei hatte, obwohl bekannt geworden war, daß ein kommunistischer Anschlag auf den Zirkus Busch bevorstand, in keiner Weise für ausreichenden Schutz Sorge getragen. Als die Kommunisten anrückten, waren nur sechs Polizeibeamte zur Stelle.

Die bei der gewaltigen Uebermacht der Anreißer völlig machtlos waren. Mit Rücksicht auf die Drohungen, die von linksradikaler Seite laut geworden waren, hatte der Bund für Freiheit und Ordnung selbst für einen 200 Mann starken Schutz des Zirkusgebäudes Sorge getragen. Gegen 8 Uhr morgens rückten von verschiedenen Seiten her Sprengstoffminen der Kommunisten an, deren jede mehrere hundert Mann stark war und die mit Gewalt in dem Zirkus eingeschoben werden sollten. Als ihnen der Einschub entgegenschlug, kam es zuerst zu Beschimpfungen. Schließlich aber, wie auf Kommando, begann ein Sturm auf die Eingänge.

Die kommunistischen Anreißer waren mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Säcken und Faustlaternen bewaffnet, mit denen sie auf die Reichswehr und auf die sechs Schutzbeamten einbrachen. Die ersten Angriffe wurden als Barschaftsaktionen verwendet, und die kommunistische Jugend darunter bis ins blühende Alter, waren eifrig damit beschäftigt, die vorderen Kampfebenen mit dieser Wucht zu verlassen. Die Anreißer vertrieben sich nach rechts, und so kam es zu einem

Die sechs Schutzbeamten waren im Handumdrehen entwaffnet. Einem Reiter wurde mit seinem eigenen Seitenschild rückenwärts ein Herzschuß beibracht, einem anderen wurde der Schwanz des Schilds entzogen. Einzelne Leute des Saalkommandos, die von den Unruhen getrennt worden waren, wurden von Kommunisten, nachdem sie durch Schläge und Entbehrlichkeiten gezwungen worden waren, an der Spitze zu gehen und ihnen die Sachen vom Leibe gerissen. Goldene Uhren und Brillen, Portemonnaies und sogar Schlüsselbünde wurden ihnen geraubt. Der

Der Moratoriumsplan John Bradburns.

Ueber den Vorschlag Bradburns zur Neuordnung der Reparationen verläuft jetzt Genauer. Das englische Mitglied der Reparationskommission vertritt im wesentlichen folgende Gedanken:

Die Gläubigerstaaten erklären sich bereit, die deutschen Schuldverträge zu garantieren. Die Gläubiger werden sich auf Zahlungen nehmen an deren Stelle die auf fünf Jahre ausgedehnten Vonds und verwerfen sie unter eigener Garantie. Diejenigen Vonds, die Sicherstellungen besitzten, geben ihre Garantie für deutsche Vonds in Höhe des Wertes der Sicherungen. Die deutsche Regierung hat selbst das Recht, diese Vonds zu handeln. Die Vonds wären in Gold oder in der Währung des garantierenden Staates zahlbar. Die Kommission würde sich das Recht vorbehalten, zu verlangen, daß die Kosten der Sicherungen zum Teil auf das deutsche Budget abgewälzt würden. In diesem Falle hätten die Gläubiger, die solche Sicherungen erhalten, die Vonds nur in prozentualer Höhe des nicht vom deutschen Budget getragenen Gesamtbetrages zu garantieren. Die Regelung würde zunächst für zwei Jahre wirksam sein. Die Reparationskommission hätte jedoch das Recht, sie nach Maßgabe der Notwendigkeiten auf zwei weitere Jahre zu verlängern. Die alliierten Regierungen würden ersucht, sich zu verpflichten, vor Ablauf der Regelung die Gesamtfrage der deutschen Zahlungsverpflichtungen auf Grund des Friedensvertrages einer Prüfung zu unterziehen, um sie dauernd der deutschen Zahlungsfähigkeit anzupassen und ihre Liquidierung mit Hilfe einer Reihe von ausländischen Zahlungsmitteln in die Wege zu leiten.

Der bedauernde Gedanke dieses Planes ist der, die Einstellung der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Zahlungen zu vermeiden, wodurch den Budgets der alliierten Länder ernste Ungleichgewichte bereitet würden. In gleicher Zeit aber soll auch Deutschland Erleichterungen erhalten, die es ihm gestatten, durch Kredit seine eigene Währung und seine Budgets wieder anzurichten.

Kampf zwischen beiden Parteien wurde immer erbitterter.

Die Kommunisten legten den grimmigsten Angriffen Straßenerbitterung lahm. Erst nach einer halben Stunde erprobte die Polizei räumte etwa 30 Schutzbeamte an, die jedoch die

Ganderte von Kämpfern
nicht zu trennen vermochten. Sondern vielmehr ließ in dem Kampf verwickelt werden. Der Kommandeur des Trupps schickte Radfahrer ab, die jedoch nicht weit kamen, da die Kommunisten ihnen die Dienkräder kaperten und die Vandalen überhand vertrieben. Um 9 Uhr, nachdem beide Parteien fast eine Stunde lang am Zirkusgebäude gerungen hatten, rückten dann schließlich auf mehreren Kohlenlasten harte Polizeibatterien an, denen es nach einiger Zeit gelang, die Kommunisten von dem Zirkusgebäude abzurängen. Auch Sanitätsmannschaften trafen ein und sorgten für die Ueberführung der Verletzten nach Krankenhäusern und Rettungshäusern. Die Leiche eines bei dem Kampfe ums Leben gekommenen noch unbekanntem Arbeiters wurde nach dem Schaubeamt geschickt. Selbst beim Uebertritt der Versammlungsteilnehmer kam es vor der Unerwartung zu blutigen Schlägereien. Die über das Verhalten ihres Planes erbitterten Kommunisten verletzten einige von ihnen, mehrere sogar schwer. Griffen auch völlig schuldlos Straßensportler an und riefen die Ueberrichter der Rudervereine und die mit ihren Bannern in vollem Marsch zur Umpferstadt herein, wo am Sonntag die feierliche Nekrologübergabe stattfand, wurden von den Kommunisten bedroht und beschimpft.

Die vaterländische Kundgebung des Bundes für Freiheit und Ordnung selbst wurde, nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt worden war, mit einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Geiler, Deutsche Volkspartei, eingeleitet, der seiner Entrüstung über die blutigen Vorgänge Ausdruck gab. Als erster Referent sprach dann der deutschnationale Abgeordnete Laventz über den Weg zur Rettung Deutschlands. Sodann Reichstagsabgeordneter Geiler über die wirtschaftliche Verheerung des deutschen Volkes. Von der mehr als Tausend Teilnehmer ablehenden Versammlung wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl den Auffassung Ausdruck gibt, daß als Reichspräsident nur ein Mann in Frage kommen könne, der nicht der sozialistischen Wunderehre des deutschen Volkes angehört, und dessen Verlangen nach dem Aufbau des Vaterlandes und dessen Bereinigung durch die rechte Hand der Parteiarbeiten liegend, ein treuer und vorbildlicher Diener des deutschen Gedankens sein werde. Diese Forderungen seien am glücklichsten verkörpert in der Person des Generalfeldmarschalls Hindenburg, an den die berufliche Bitte gerichtet wird, sich einem solchen Ruhe nicht zu verschließen.

Jedoch sollen die Ueberstände der Garantien nur zu einer vorübergehenden Regelung dienen, die Deutschland die notwendige Zeit läßt, um sein Steuerwesen dem allgemeinen Weltmarkt anzupassen und seinen Kredit wiederherzustellen. Bradburn glaubt, daß die Reorganisation der Reparationskommission und ihre Ueberführung nach Berlin einen integralen Bestandteil des Planes bilden.

In der Begründung des Vorschlags Bradburns heißt es: Der Plan einer Stabilisierung der Mark durch Verkauf von Gold zu einem festgelegten Preis ist nur möglich, wenn die Reichsbank der Verpflichtung entbunden wird, neue Kredite zu schaffen durch die Fremdwährungsbilanz von Schuldverträgen, die lediglich der Deckung der Regierungsausgaben dienen. Wenn auf diese Weise ein neues Anwachsen der schwebenden Schuld verhindert werden kann, dürfte die Stabilisierung der Mark zu einem viel höheren Kurse als dem gegenwärtigen kaum ernsthaften Schwierigkeiten begegnen. Sie ist ohne Gefahr für die Goldreserve der Reichsbank durchzuführen, um so mehr, als der gegenwärtige Notenumlauf viel geringer ist als der Bedarf des Landes. Dagegen hat der völlige Zusammenbruch der Mark die sofortige Herstellung des Budgets Gleichgewichts, die vor sechs Monaten noch möglich erschien, völlig undurchführbar gemacht, wenn man nicht wenigstens vorübergehend das deutsche Budget von dem dem Friedensvertrag beschriebenen Verpflichtungen entlastet. Ohne den Ausgleich des Budgets läßt sich eine weitere Vermehrung der schwebenden Schuld nicht verhindern. Eine einfache Aufhebung der Zahlungen in ausländischen Währungen würde heute nicht ausreichen, um die notwendige Erleichterung zu schaffen; denn die rasche Zielerreichung der innerdeutschen Preise erhöht jeden Tag die in Papiermark ausgedrückte Last, die im Budget die Sicherstellungen darstellen. Nach der Ansicht Bradburns steht man daher vor der Wahl, entweder die Zahlungen still zu stellen und die Sicherstellungen fall still für einen beträchtlichen Zeitraum auszuheben oder aber eine Regelung zu treffen, die der deutschen Regierung Einnahmen zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag verschafft, ohne die schwebende Schuld zu vermehren.

„Jelichen Geberl.“

Schauspiel von Georg Hermann.
Erstaufführung im Neubadischen Schauspielhaus, 14. Oktober 1922.

Georg Hermanns Roman „Jelichen Geberl.“ ist einer der großen Schätze der letzten Zeit gewesen. Er schwamm auf der Hochflutwelle der jüdischen Familien-gechichten und -dramen, die Hebbel's „Rausch Frankfurter“ hervorgebracht hatten. Der Reichthum der Stoffe und ihres dramatischen Charakters hat Georg Hermann um seinen friedlichen Schimmer gebracht, bis er endlich seinen Roman auch noch auf die Bretter gebracht und dramatisch ausgemacht hatte. Wenn man seine blamable Unkenntnis in der „Mimik“ nicht irreführt, ist „Jelichen“ auch schon auf der jappenden Weinwand erschienen. Eigentlich verdient es das nicht. Denn es ist ein braves, milles Mädelchen, das sich, anfangs wenigstens, in sein Schicksal fügt und auf Josef Salomons Wunsch den Vetter Julius Jacobo aus Deutschland heiratet, nachdem sie den Doktor Köhling, den wackersten Literaten und Gelehrten, verwarfen hat. Am Schluß allerdings entzieht sie von all den Unarbeits und Zwangsmaßnahmen des Hochzerrissenen auf Josef Salom, der der Vater ihrer Jugend und Vahrer ihrer Seele war und seinerseits als alter, kranker Mann keine Liebe akzeptiert hat. Das Weitere steht dann in dem Roman „Henrich Jacobs“, dessen Verdrömmung meines Wissens noch nicht Ereignis geworden ist.

Ohne Frage: Hermanns Roman ist seinestes Kunstgewerbe, ärztliche Biedermeier-Beschreibung, feine Kleinmaterie von Alt-Berlin, gesehen aus dem Winkel einer jüdischen Großkaufmannsfamilie. Schilderungen, die so viele Farbe geben, Weltanschauung, die so ehrlich Farbe bekennen, das sind sehr erfreuliche Dinge, und das Leben in einer alten jüdischen Familie mit ihren charakteristischen Gliedern, der beginnenden Bedrohung guten Handelsgelbes durch die Einwanderung aus dem Osten ist ein interessantes, auskunftreiches Thema. Auch die feinen Beziehungen des Edelblutigen Salom zur Reiche Jelichen haben dichterischen Reiz und menschliche Wärme. Man kann verstehen, daß der Roman in allen Kreisen Leser gefunden hat. Die Umwandlung in fünf Akte muß eine Fülle von Untergrundfarben weglassen, und das Alt-Berliner Kulturgemälde auf einige wenige harte Farbtöne beschränken. Die Verknüpfung der Handlung bleibt zwar, aber sie verliert nicht ihren epischen Charakter. Ein Drama im eigentlichen Sinne kann auf diese Weise nicht zustande kommen. Die Spannungselemente sind zu gering, der Gegensatz der Konflikte zu schwach, die Höhepunkte zu wirkungslos. So beruht der Wert nur in der Zustandsschilderung mit der leicht er-

Minister Lipinski als Wahlredner.

Minister Lipinski hat am Sonntagabend in einer Wahlversammlung im Vereinsbau, wie ein Debatteredner treffend bemerkte, seine Willensart als Vertreter der vereinigten Sozialdemokratie abgegeben, und vielleicht hat nicht zuletzt die Rücksicht auf die neue Einheitspartei an der amerikanischen würdigen Behandlung der sächsischen Volkst durch den Minister beigetragen. Besonders wird man ihm Dank wissen müssen für die erhellende Debatte, aber auf darger Seite ist nicht genügend beachtete Bekämpfung, daß der letzte Wahlkampf der Kampf um die sächsischen, ist, und daß es das Ziel der Sozialisten bleibe, die wirkliche Demokratie, die durch die politische Revolution von 1918 nicht voll erreicht worden sei, durch die soziale Revolution mit ihrer Umgestaltung aller sozialen und ökonomischen Verhältnisse herbeizuführen. Die hauptsächlichste Ministerforge der Gegenwart ist die Demokratisierung der Verwaltung und der Beamtenchaft, und da die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Aufstiegsbeamter zu der Verarmung geladen habe, war es erklärlich, daß der Minister die Vorteile für die Beamtenchaft im neuen System einnehmend hervorzuheben suchte, als da sind: die Befreiung vom Autoritätsprinzip, die Verringerung der politischen Tätigkeit mit den Personalisten, die freie politische Tätigkeit (die aber das Beamtenverhältnis nur auszureichend in demokratische Bahnen zu lenken besteht) und die soziale Verbesserung der Beamten. Daß aber der Minister als eine besondere Ehrenpflicht der Beamtenbeschäftigten im neuen System die Aufgabe der verringerten Spannungen zwischen der niedrigeren und höheren Stufe von 1:10 vor der Revolution auf heute 1:23 hervorzuheben zu können glaubte, wird dem Beamten in ihrem Existenzkampf nur wenig helfen. Und wenn Minister Lipinski in demselben Nimmzug betonen mußte, daß dieser Weg nicht weiter beschritten werden könne, daß vielmehr eine rückläufige Bewegung einleiten müsse, da die höheren Beamten infolge ihres sozialen Bedürfnisses der höheren Berufsstandes mehr und mehr in besser besetzte Berufe abwandern, so ist das doch nur das Eingeständnis, daß diese Art Politik der „sozialen Verbesserung“ sich totgelaufen hat und zum Schaden der Verwaltung ausfällt. Kein Wort der Minister gegen von der grundsätzlichen sozialistischen Ablehnung des Berufsbeamtenwesens, angesichts deren man sich nur wundern muß, wie überhaupt Beamte von den Sozialisten Förderung ihrer Interessen erwarten können. Daß und inwiefern die Vorbereitung Lipinski, die Beamten sollten mehr Mächtig gegenüber ihren Vorgesetzten zeigen, in einer Beamtenchaft berechtigt ist, die infolge ihrer Unabständigkeit und Selbstlosigkeit ein Muster für die ganze Welt war, mag dahingestellt bleiben.

Die im Landtage unerledigt gebliebenen Gemeindeverordnungen ist ein Stiefkinder der Minister. Kein Wort, daß er ihr eine Träne nachweint und ihre sofortige Weiterverfolgung anbietet, wenn — ja wenn die sozialistische Mehrheit wieder einleihen sollte. Diese Gemeindefolge als letztes Stück der Demokratisierung der Verwaltung zu bezeichnen, ist allerdings reichlich lässig, wenn man bedenkt, daß die Gemeinden bereits seit den Reformen des Jahres vom Ein, also lange lange Jahre, bevor die erdberühmte Sozialdemokratie das Licht der Welt erblickte, die weitestgehende Selbstverwaltung, also Demokratie, haben und unter dieser Demokratie ungeheurer empornen sind. Ansehts der Tatsache aber, daß alle großen Demokratien der Welt das Zweikammersystem haben und doch Demokratien sind, ist es wohl schwer zu rechtfertigen, die Demokratisierung der Gemeinden nur in der Einföhrung eines mehr als den Gemeindeförderung dienlichen von den Einwirkungen der Massenmacht abhängigen Einkammersystems zu sehen. Demokratie und sozialistische Demokratie sind eben nicht immer dasselbe.

Daß der Minister bei der Untersuchung des Markturges und all seiner furchtbaren Folgen für das deutsche Volk auf das verhängnisvolle Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr, den zu großen Bedarf gegenüber der Produktion, ist richtig. Für seine Art der parteipolitischen Behandlung der wirtschaftlichen Fragen ist es aber auch bezeichnend, daß er die einzige Folgerung aus dieser Tatsache, die Notwendigkeit der Hebrarbeit, seinen Hörern vornehmlich. Indem er dann aber noch das schwierige volkswirtschaftliche Problem der Kalkulation und der Preisbildung einherzog, von der Industrie und den freien Kapitalisten einen sehr wesentlichen Anteil an der Markterwartung auszuheben, wendete er recht eifrig darauf, ob der Industrielle und der Kaufmann für ihre Waren den Beschäftigten- oder Selbstkostenpreis plus Verdienstaufschlag oder den Wiederbeschaffungspreis als Verkaufspreis anzusehen haben. Das bedauert dem Minister das richtige, obwohl es auf den ersten Blick einleuchtet, daß ein Kaufmann, der seine Waren zum Beschäftigtenpreis verkauft, bei inwischen eingetretener harter Geldentwertung nur noch eine viel geringere Menge Waren neu einkaufen kann und daß dadurch sein Geschäft allmählich erdrockelt wird. Minister Lipinski sieht gegen die von Handel und Industrie erhobene Forderung des

und all seiner furchtbaren Folgen für das deutsche Volk auf das verhängnisvolle Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr, den zu großen Bedarf gegenüber der Produktion, ist richtig. Für seine Art der parteipolitischen Behandlung der wirtschaftlichen Fragen ist es aber auch bezeichnend, daß er die einzige Folgerung aus dieser Tatsache, die Notwendigkeit der Hebrarbeit, seinen Hörern vornehmlich. Indem er dann aber noch das schwierige volkswirtschaftliche Problem der Kalkulation und der Preisbildung einherzog, von der Industrie und den freien Kapitalisten einen sehr wesentlichen Anteil an der Markterwartung auszuheben, wendete er recht eifrig darauf, ob der Industrielle und der Kaufmann für ihre Waren den Beschäftigten- oder Selbstkostenpreis plus Verdienstaufschlag oder den Wiederbeschaffungspreis als Verkaufspreis anzusehen haben. Das bedauert dem Minister das richtige, obwohl es auf den ersten Blick einleuchtet, daß ein Kaufmann, der seine Waren zum Beschäftigtenpreis verkauft, bei inwischen eingetretener harter Geldentwertung nur noch eine viel geringere Menge Waren neu einkaufen kann und daß dadurch sein Geschäft allmählich erdrockelt wird. Minister Lipinski sieht gegen die von Handel und Industrie erhobene Forderung des